



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 16. März 2020

Bericht aus der Session – Nummer 34 **Rückblick auf die Frühlingssession**

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Stimmung während dieser Session war irgendwie anders. Einerseits war es viel ruhiger in den Gängen, der Wandelhalle und Café Galerie des Alpes. Und andererseits war die Verunsicherung auch im Parlament zu spüren. Am Freitag vor Sessionsbeginn hatte der Bundesrat wegen des **Coronavirus** die Situation in der Schweiz als besondere Lage eingestuft. Er tat dies zum ersten Mal, seit diese Möglichkeit im Rahmen der Totalrevision des Epidemiengesetzes geschaffen worden war.

Nach einer Sessionswoche verlangte der SVP-Fraktionschef den Abbruch der Frühlingssession. Am Montagmorgen diskutierten die Verwaltungsdelegation und der Nationalrat über einen Abbruch. Beide sprachen sich sehr deutlich für die Weiterführung der Session aus. Meines Erachtens wäre zu diesem Zeitpunkt eine vorzeitige Beendigung der Session nicht richtig gewesen. Schliesslich mussten alle anderen Erwerbstätigen in der Schweiz auch weiterhin ihrer Arbeit nachgehen. Im Parlament achteten wir darauf, uns an die vom BAG kommunizierten [Verhaltensregeln](#) halten, wobei social distancing im eng bestuhnten Ratssaal nicht möglich war.

Die Gesundheitslage in der Schweiz spitzte sich im März stark zu, das BAG meldete gegen Ende der zweiten Sessionswoche einen rasanten Anstieg der bestätigten Coronavirus-Erkrankungen. Am Wochenende vor der dritten Sessionswoche reagierten die Büros der beiden Räte und entschieden auf Antrag der Verwaltungsdelegation einstimmig den **Abbruch der Session**. Der Entscheid hatte auch den Zweck, Ratsmitglieder und Angehörige, welche zu Risikogruppen gehören, zu schützen.

In dieser nationalen Ausnahmesituation empfinde ich grosse Dankbarkeit und Respekt gegenüber den Gesundheitsfachpersonen. Sie beraten verunsicherte oder potenziell erkrankte Menschen am Telefon, führen Tests durch und pflegen mit dem Coronavirus angesteckte Personen. Es ist gut zu wissen, dass unser Gesundheitssystem auch in Krisenzeiten hervorragend funktioniert.



Im Februar machte die Rundschau eine weltweite Spionage-Operation mit einer Schweizer Firma, der Crypto AG, publik. In den folgenden Tagen und Wochen widmeten viele in- und ausländische Medien zahlreiche Beiträge diesem Spionagefall, der wohl in die Weltgeschichte eingehen wird. Die Zuger Firma Crypto AG, die dem Bundesnachrichtendienst und CIA gehörte, hatte jahrzehntelang manipulierte Chiffriergeräte an über hundert Staaten verkauft. Die Schweizer Neutralität diente dabei als wichtiges Verkaufsargument. Die Rolle der Schweiz in der **Crypto-Affäre** ist unklar.

Mitte Februar beschloss die Geschäftsprüfungsdelegation GPDel, der auch ich annehöre, umgehend eine formelle Inspektion zur Crypto-Affäre an die Hand zu nehmen, vgl. [Medienmitteilung](#). Bis Ende Februar fanden bereits einige Sitzungen mit Anhörungen statt. Ende Februar entschied die GPDel, dass die Abklärungen durch alt Bundesrichter Niklaus Oberholzer ab sofort unter ihrer Federführung stattfinden sollen, vgl. [Medienmitteilung GPDel vom 26.2.2020](#). Kurz nach Bekanntwerden der Crypto-Affäre reichte die SP eine [parlamentarische Initiative](#) ein, die die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK fordert.

Es gibt viele Fragen, die sich in Zusammenhang mit dem Crypto-Spionagefall stellen: Welche Akteure der offiziellen Schweiz haben wann was gewusst (oder auch nicht) und wie gingen sie mit diesen Informationen um? Was bedeutet die Crypto-Affäre für die Schweizer Neutralität und die Schweizer Wirtschaft? Welche Lehren zieht die Schweiz aus dieser Affäre?

Mich beschäftigen vor allem die persönlichen Schicksale der Menschen, die in die Crypto-Affäre involviert waren. Einige von ihnen sind, gemäss den Medienbeiträgen, an der Crypto-Affäre zerbrochen, was mich sehr betroffen macht. Hans Bühler, der ahnungslose Crypto-Verkäufer, wurde neun Monate lang in einem iranischen Militärgefängnis psychisch gefoltert. Als er endlich traumatisiert in die Schweiz zurückkehrte, folgte seine Entlassung. Dass Hans Bühler von der Firma im Stich gelassen worden war, stellte auch für seine eingeweihten Arbeitskollegen eine grosse Belastung dar. Geplagt von Gewissensbissen wegen des Betrugs mit manipulierten Geräten verliess ein anderer Mitarbeiter, Peter Frutiger, bereits vor vielen Jahren die Crypto AG und packte aus. Doch niemand glaubte ihm. Ich hoffe fest, dass bei der Aufarbeitung der Crypto-Affäre auch der stossende menschliche Kollateralschaden aufgearbeitet werden.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



16.03.2030

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 34

Rückblick auf die
Wintersession...

Inländervorrang für Menschen mit Behinderungen: Stellensuchende der Invalidenversicherung sollen vom Inländervorrang bei der Arbeitsvermittlung ebenso profitieren wie andere Stellensuchende. Der Nationalrat hat dazu eine Motion aus dem Ständerat oppositionslos überwiesen. Der Mechanismus, der zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative beschlossen worden sei, schliesse Menschen mit Behinderung, die nicht bei einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gemeldet seien, aus, hatte die frühere Ständerätin Pascale Bruderer (SP/AG) ihre Motion begründet. Sie sollten denselben Zugang erhalten wie alle Arbeitssuchenden. Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin hatte schon im Ständerat versprochen, dem Anliegen im Rahmen einer laufenden Gesetzesrevision und bei der Zusammenarbeit mit den Kantonen Rechnung zu tragen.

Kommentar: In der Invalidenversicherung gilt der Grundsatz «Eingliederung vor Rente». Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen haben jedoch klar erschwerte Bedingungen bei der Arbeitssuche. Dass zukünftig freie Stellen nicht nur dem RAV, sondern auch der IV-Stelle gemeldet werden müssen, ist eine wichtige Massnahme zur Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen.

Invalidenversicherung: Die IV-Revision ist bereit für die Schlussabstimmung. Der Nationalrat hat die letzte Differenz ausgeräumt: Er verzichtete darauf, die Kinderrente in "Zusatzrente für Eltern" umzubenennen. Mit der IV-Revision wird für Rentnerinnen und Rentner mit einem Invaliditätsgrad zwischen 40 und 69 Prozent ein stufenloses Rentensystem eingeführt. Eine Vollrente wird weiterhin ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent zugesprochen. Bei Jugendlichen und psychisch Kranken soll früher eingegriffen und die Betroffenen besser begleitet werden, um neue Renten zu vermeiden. Neue Regeln haben die Räte auch für Gutachten beschlossen.

Kommentar: Endlich! Das war jetzt eine «Zangengeburt» - ich bin froh, ist das Gesetz nun durch, auch wenn nicht alles nach meinem Wunsch verändert wurde.

Ältere Arbeitslose: Das Parlament versucht bei der Schaffung einer Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose den Spagat: Es will die Altersarmut senken, ohne Fehlanreize im Arbeitsmarkt zu schaffen. In der ersten Debatte vom 4. März setzte sich im Nationalrat ein breit abgestützter Kompromiss durch, der dem Vorschlag des Ständerats teilweise diametral widersprach. In der Differenzenbereinigung vom 11. März ist der Nationalrat dem Ständerat entgegengekommen. Die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose soll gegen oben begrenzt sein. Auch den Bezückerkreis will die grosse Kammer verkleinern - zum Unmut der Linken. Anspruch auf Überbrückungsleistungen sollen nur mit 60 Jahren oder später ausgesteuerte Personen haben. Die maximale Überbrückungsleistung soll das 2,25-Fache des allgemeinen Lebensbedarfs betragen. Der



Ständerat schlägt das 2-Fache vor. Die Krankheits- und Behinderungskosten sollen separat abgegolten werden. Der Ständerat hat bei seiner dritten Beratung der Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose am Donnerstag mit einer Ausnahme alle Differenzen zum Nationalrat ausgeräumt. Nur bei den Leistungsobergrenzen gibt es noch Klärungsbedarf. Die kleine Kammer möchte weniger weit gehen als der Nationalrat. Sie setzt den Plafond für Alleinstehende um rund 5000 Franken pro Jahr tiefer. Zudem sollen die Krankheits- und Behinderungskosten in diesem Höchstbetrag eingeschlossen sein. Nun ist noch einmal der Nationalrat am Zug.

Kommentar: Nach unserer ersten Beratung war ich zufrieden, da unser Rat dem Ständerat in vielen Punkten nicht gefolgt war. Besonders gefreut hat mich, dass im Nationalrat die Berücksichtigung von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften eine Mehrheit gefunden hat. Leider setzte sich der Ständerat in vielen Punkten durch und kürzte die so wichtige Leistung stark. Das Geschäft werden wir in der nächsten Session abschliessen können.

Whistleblower: Wer mit Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz an die Öffentlichkeit geht, lässt sich auch in Zukunft auf ein juristisches Abenteuer ein. Eine neue Regelung, die Whistleblowern Rechtssicherheit hätte geben sollen, ist im Parlament gescheitert. Der Nationalrat hat die Vorlage zum zweiten Mal abgelehnt. Zu kompliziert, zu wenig wirksam, befand die Mehrheit. Damit bleibt es dabei, dass die Gerichte entscheiden, ob ein Whistleblower rechtmässig gehandelt hat. Der Bundesrat hatte eine Kaskaden-Lösung vorgeschlagen. Zunächst hätten die Arbeitnehmenden den Missstand intern melden müssen. Nur wenn der Arbeitgeber darauf nicht reagiert hätte, hätte sich der Whistleblower an die Behörden wenden dürfen. Der Gang an die Öffentlichkeit

wäre erst als letztes Mittel erlaubt gewesen.

Kommentar: Der Schutz von Whistleblowerinnen und Whistleblower liegt mir am Herzen. Doch leider ist die Vorlage, über die wir befunden haben, viel zu kompliziert und unverständlich. Sie trägt damit nicht zu der dringend nötigen Rechtssicherheit bei.

Vorurteile und verkehrte Absichten machen die Menschen taub. Dorothea Christina Leporin

Gleichstellung: Der Nationalrat will vom Bundesrat keinen Be-

richt zur Frage, wie und mit welchen Mitteln die Kantone die Gleichstellung von Frau und Mann angehen. Er hat ein Postulat von Yvonne Feri (SP/AG) mit diesem Auftrag abgelehnt. Darin sollte auch geklärt werden, wie die Kantone gezwungen werden können, den Verfassungsauftrag umzusetzen. Justizministerin Karin Keller-Sutter stimmte mit Feri überein, dass die Gleichstellung noch nicht vollständig erreicht sei. Ein zusätzlicher Bericht würde aber keinen Mehrwert bringen, sagte sie. Zudem seien die Kantone in ihrem Zuständigkeitsbereich selber für die Umsetzung des Verfassungsauftrags zuständig.

Kommentar: Ausschlaggebend für dieses Postulat war der Umstand, dass verschiedene Kantone sich nicht um die Gleichstellung kümmern, obwohl das in der Verfassung steht. Es braucht doch ein Controlling-Instrument, wenn wir etwas in der Verfassung (oder auch in den Gesetzen) fest-schreiben. Ich sehe da noch Handlungsbedarf. Nicht nur bei der Gleichstellung.

Kindesschutz: Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat keinen neuen Bericht, der die Auswirkungen von Kindesschutzmassnahmen auf den Widerruf von ausländerrechtlichen Bewilligungen untersucht. Er hat ein entsprechendes Postulat von Yvonne Feri (SP/AG) mit 106 zu 84 Stimmen abgelehnt. Justizministerin Karin Keller-Sutter wies darauf hin, dass der Bundesrat die Frage erst kürzlich untersucht habe. Die beteiligten Sozial- und Ausländerbehörden hätten die Koordination



in den vergangenen Jahren verbessert. So informierten heute Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden die Migrationsbehörden unaufgefordert über allfällige Entscheide, um das Vorgehen abzustimmen.

Kommentar: Dass Kindesschutzmassnahmen grundsätzlich ausländerrechtliche Folgen haben können, ist stossend. Umso mehr freut es mich, die kantonalen Migrationsbehörden aufgrund meines Postulats angewiesen worden sind, Kosten für Kindesschutzmassnahmen gesondert zu betrachten.

APOTHEKEN (ein wichtiges Geschäft aus dem Ständerat): Der Bundesrat soll die neu den Apothekern übertragenen Leistungen der Grundversorgung, welche zur Kostendämpfung und Qualitätssicherung beitragen, im Krankenversicherungsgesetz abbilden. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion von Ruth Humbel (CVP/AG) angenommen. Die Leistungen sollen in einem Tarifvertrag zwischen Apothekern und Krankenversicherern geregelt werden können. Der Bundesrat ist einverstanden damit.

Kommentar: Es ist sehr wichtig, dass die Aufwändungen in den Apotheken korrekt entschädigt werden. Wir unterschätzen die Kompetenzen der ApothekerInnen und ihren Mitarbeitenden konstant. Aus meiner Sicht könnten da viele Triagen und Anlaufstellen stattfinden, um die Ärzteschaft und das Gesundheitssystem generell zu entlasten.

Hochpreisinsel: Der Nationalrat will etwas gegen die hohen Schweizer Preise unternehmen. Die Fair-Preis-Initiative lehnt er ab. Mit grosser Mehrheit hat er aber am Montag beschlossen, deren Anliegen direkt ins Gesetz zu schreiben. Ziel ist es im Wesentlichen, dass Schweizer Kunden direkt im Ausland zu den dortigen Preisen einkaufen können. Dafür soll das Kartellgesetz verschärft werden. Zudem soll das Geoblocking verboten werden, mit dem Onlinehändler verhindern, dass Schweizer Kunden direkt in ausländischen Stores einkaufen können. Die neuen Regeln sollen nicht nur gegenüber ausländischen Unternehmen, sondern auch innerhalb der Schweiz gelten. Das würde Preiskontrollen durch Gerichte ermöglichen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Kommentar: Es ist nicht zu rechtfertigen, dass Produkte und Dienstleistungen beim Überqueren der Schweizer Grenze teurer werden. Dieser Ausnutzung der Marktmacht von gewissen Unternehmen muss der Riegel geschoben werden. Gleichzeitig müssen wir aber sorgfältig darauf achten, dass der europäische Online-Handel nicht zu einem ungewollten Lohndruck in der Schweiz führt. Wenn Käufer/innen sich im Detailhandel in der Schweiz beraten lassen und dann im Internet zu günstigeren Preisen einkaufen, kann sich das negativ auf den hiesigen Arbeitsmarkt auswirken.

BRAUCHTUM: Der Nationalrat will nicht, dass während der Weihnachtszeit im Parlamentsgebäude neben dem Weihnachtsbaum zusätzlich eine Krippe aufgestellt wird. Er hat eine parlamentarische Initiative von Jean-Luc Addor (SVP/VS) mit 107 zu 70 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Dieser forderte eine entsprechende Anpassung des Parlamentsrechts. Die Initiative von Addor wurde bereits im Mai 2019 ein erstes Mal mit der Begründung abgelehnt, dass dadurch der Grundsatz der konfessionellen Neutralität des Staates verletzt würde. Die Krippe sei auch ein Symbol der Liebe und des Friedens, sagte Addor. Die religiöse Neutralität der Schweiz sei nicht gefährdet; vom Aufstellen einer Krippe gehe nicht die Gefahr aus, dass jemand in seiner Freiheit eingeschränkt werden. Er kam jedoch mit seinem Anliegen nicht durch.

Kommentar: Ja, auch über solche Dinge reden wir. Im Grunde genommen, ist es mir nicht so wichtig, ob im Bundeshaus neben dem Weihnachtsbaum auch eine Krippe steht. Ich bin aber der Meinung, dass sich nicht 200 ParlamentarierInnen damit beschäftigen sollten.

VERTRÄGE: Der Nationalrat will Konsumenten und Konsumentinnen besser schützen vor Verträgen, die sich nach Ablauf der Vertragsdauer automatisch und stillschweigend erneuern. Im Auge hat er beispielsweise Fitnesscenter, Zeitschriftenabos oder Anbieter von Virenschutzprogrammen. Bevor sich ein Vertrag automatisch verlängert, sollen die Konsumentinnen und Konsumenten vom Anbieter benachrichtigt werden. Der Nationalrat will das Obligationenrecht



entsprechend ergänzen. Die Vorlage nahm der Nationalrat mit 124 gegen 65 Stimmen an. Die Nein-Stimmen kamen aus der SVP- und der FDP-Fraktion. Nun ist der Ständerat am Zug.
Kommentar: Wir alle haben uns sicher schon darüber geärgert, dass wir eine Frist für eine Kündigung verpasst haben. Das wird nun weniger der Fall sein und darüber bin ich sehr froh. Die KonsumentInnen bekommen so mehr Rechte.

Kriegsmaterial: Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" 120 zu 71 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) und die Jungen Grünen verlangen mit dem Begehren, dass die Nationalbank (SNB) oder Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge Kriegsmaterialhersteller nicht mehr finanzieren dürfen. Betroffen wären Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Die Initiative sei gefährlich, habe keinen Einfluss auf den Weltfrieden und missbrauche die Unabhängigkeit der Nationalbank, fasste Kommissionssprecher Thomas Hurter (SVP/SH) die Meinung der Ratsmehrheit zusammen. Auch die Regierung lehnt die Initiative ab. Der Rat sprach sich am Donnerstag zudem mit 105 zu 87 Stimmen gegen die Rückweisung an die Kommission und die Erarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags aus. Das Geschäft geht in den Ständerat.
Kommentar: Ich bin enttäuscht, dass es keinen Gegenvorschlag geben wird. Im Rat habe ich zu diesem Geschäft gesprochen, s. [Rede](#).

MENSCHENRECHTE: Der Bundesrat soll eine Gesetzesvorlage für eine nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) ausarbeiten. Er hat eine entsprechende Motion der ehemaligen Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP/ZH) mit 100 zu 90 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Es soll ein nahtloser Übergang des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) in eine Nachfolgeorganisation sichergestellt werden. Der Bundesrat ist einverstanden mit dem Auftrag. Das Aussendepartement habe verschiedene Aspekte und Modelle vertieft geprüft und mit den Lösungen anderer Länder verglichen. Diese Abklärungen sind mittlerweile weit fortgeschritten, wie Bundesrat Ignazio Cassis sagte. Das Geschäft sei daher eigentlich bereit für die Beratung. Gregor Rutz (SVP/ZH) bekämpfte die Motion vergeblich. Die Motion geht noch an den Ständerat.
Kommentar: Ich bin erleichtert, dass die Motion trotz Gegenwind angenommen worden ist. Eine Nationale Menschenrechtsinstitution stärkt die Menschenrechte in der Schweiz und fördert den Austausch zwischen den relevanten Akteuren.

Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Wintersession:

- Fehlt infolge Abbruchs der Session: Ausgewogene Zusammensetzung der Gutachten-Kommission
- Fehlt infolge Abbruchs der Session: Vorstoss Kindesgefährdung
- Fehlt infolge Abbruchs der Session: Vorstoss Sozialhilfe
- [20.3057](#) Kurzsichtigkeit bei Kindern (Postulat)
- Erfassung und Analyse der Kurzsichtigkeit bei Kindern
- [18.3120](#) Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Gleichstellung von Frau und Mann (Behandlung des Postulats)
- [20.3058](#) Muskuloskelettale Erkrankungen (Interpellation)
- [20.5100](#) IV-Quotenzielsystem (Fragestunde. Frage)
- [18.3121](#) Notwendige Kindesschutzmassnahmen bei Ausländerinnen und Ausländern (Behandlung des Postulats)
- [20.5169](#) IV-Untersuchung: Einbezug der externen Meldestelle (Fragestunde. Frage)
- [20.3086](#) HTA-Liste (Interpellation)